

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Alle unbetont eingelebte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chief-Redaktion: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Kotowzow.

Mit kaiserlichen Ehren ist Stolypin nun im Reichsrat, stolzer bezieht, sein Nickerer ist gehend, die Unterordnung gegen die Mitschuldigen von der Duma ist eingeleitet, die Erregung in der ach so beweglichen Petersburger Gesellschaft ist vererbt — und das russische Staatsrecht, die große Galerie, treibt weiter ihren Kurs. Melichon Kuz's? Darum verurteilt man auf den verantwortlichen Hofen geht, die Antwort zu erhalten.

Wladimir Nikolajewitsch Kotowzow (dieses ist die der Aussprache entsprechende Schreibweise) ist, wie man weiß, ein Staatsmann ganz anderen Schlages als Stolypin, ein Kenner und Wäger der realen Mächte, die von innen und außen das Leben der Nation bestimmen, kein Fanatiker und Zirkator, der sich an dem Verluschte erschöpft, Per in langjähriger Tätigkeit die tausendfachen Verbindungen des Wohlstands einer ungeheurer großen Volksgemeinschaft mit dem Gange der Weltwirtschaft kennen gelernt und für den ökonomischen Halt dieses Landes in Zeiten der Erschütterung gekämpft hat, der wird mehr als nach den Vorbeuren der Gewaltpolitik nach der Herstellung eines gewissen innerpolitischen Gleichgewichtes streben. Man muß immerhin annehmen, daß der Schutz von Sibirien die Verhinderung der Politik des Stotkräftentums drohen, auch im neuen Kaiserreichste in der Krüm gewendet hat. Sonst wären als die unterirdischen Einflüsse, die gegen Kotowzow's Premierchaft in Tätigkeit traten, Sieger geblieben. Nun wird der leidenschaftliche neue Ministerpräsident, wenn er seine Art nicht ändert, mit fühlend und verstandesmäßigen Mitteln das Fundament aus der Epoche der Stolypinschen Vorgehens in eine Epoche der wirklichen Werrubung verdrängen, weil ihm sein Wissen als Finanzminister jeden Tag sagt, daß der russische Volksvorber der Ruhe und Erholung bedarf.

Der Allusion, daß dies mit liberalen Mitteln im westeuropäischen Sinne gefehle, wird sich ja darum wohl niemand hingeben. Wer sich nicht zu reaktionären Gesinnungen bekennt, zieht heute schwerlich in das Palais des russischen Ministerpräsidenten ein. Der neue Staatschef hat auch bereits in einem sehr interessanten Entschluß die Rechte von einer Kursänderung für unangebracht erklären lassen, die Wahrung der monarchischen Rechte, als sein Programm bezeichnet. Zugleich aber hat er die Furcht vor einem Anwachsen des Absolutismus bekämpft und hingewiesen, daß die immer nationale werdende Volkserziehung ein festes Boden für den Kampf mit Revolution und Terror schaffe. Das könnte immerhin als ein Bekenntnis zum Nationalismus gedeutet werden, und doch hat Kotowzow eine Auffassung von dem Angewandten und Schädlichen einer schroffen Nationalitätspolitik. Die er als Finanzminister im Kabinett so oft gegen Stolypin vertreten mußte, sicher auch auf seinen neuen Posten mit hinübergebracht. Und den Hinweis auf die Rolle der Duma kann man kaum anders auslegen, als daß an die Stelle des Autokratismus der jüngsten Zeit wieder eine vorläufige Repräsentation der Rechte des kimmerlichen Volkes zum Volkswortredung treten soll, den diese Stolypinsche Reform übrig gelassen.

Seine parlamentarische Aufgabe wird ja auch für den Rest der dritten Duma keine geringe sein. Aus seinen ersten Rednerungen wird man bald entnehmen, ob man im westlichen Europa seine Qualitäten als eines Reformators, der im Gegensatz zu der Phrasen seines Vorgängers Rufstand wirklich zu einem Reichsstaat gestalten sollte, nicht übersehen hat. Wenn er sich entschließt, einen Teil der frammationalistischen Vorlagen, mit denen Stolypin jetzt eben vor die Duma zu treten gedachte, fallen zu lassen, wird dies nicht ohne Rämpfe abgehen. Letzter muß es dem Premier fallen, das Los der Finanzänder, wenn sich auch die militärischen Zirkel gegen einen Wiberberuf der jüngsten Geleise sträuben, durch eine staatsmännliche Art ihrer Handhabung zu erleichtern. Vielleicht dürfen auch die so barbarisch behandelten russischen Juden ein wenig aufatmen, denn Kotowzow hat als Finanzminister die Politik Stolypins in dieser Frage immer für falsch erklärt. Das große Wert aber, das Russland von ihm erwartet, ist die Aufgabe, das drohende revolutionäre Gewitter, dessen Grollen immer deutlicher vernnehmbar ist, zu verdrängen. Die Neugehaltungen in Gelehrigkeit und Verwaltung, die zu diesem Zwecke kommen müssen, werden zeigen, ob in Kotowzow mit dem Fall rechnenden Verstande auch die für Russlands heutige Lage unentbehrliche staatsmännliche Kraft gepaart ist.

Auf ein gewisses Maß von Vertrauen hat ja der Minister Anspruch, der den Staatskredit durch alle die Fähigkeiten des großen asiatischen Krieges und der Revolution gewahrt hat, unter dem sich in den letzten sechs Jahren die kurze russische Staatspapiere um etwa zehn Prozent und mehr gehoben haben, der, anstatt den dickeren prophetischen Staatsbankrott zu erleben, zur Schuldenbewältigung in stattlichem Maßstabe schreiten konnte und neue Anleihen im Auslande unter günstigen Bedingungen abgeschlossen hat. So schwer durch die unglücklichen Verhältnisse der russischen Wirtschaft zu sein pflegen, wobei ich heute aus ihnen feststellen darf, daß die russischen Anleihen, die den Weltmarkt bewegen. Es ist verständlich, daß der Mann, der den leitenden Posten mit dem des Schatzkammerars verwirrt, alles tun wird, um diese günstige Entwicklung zu erhalten und die inneren Zustände in eine Richtung zu bringen, die auch das Vertrauen des Auslandes fördert.

Kann man bei dem Lauf der Dinge nicht prophesieren, am besten auf dem unglücklichen Boden Russlands. Kotowzow ist heute immerhin ein Schöpfer und niemand weiß, wie weit seine Kraft zum Schaffen reicht. Aber er wird Russland schon einen großen Dienst erwiesen haben, wenn er den hyperreaktionären Kräften, die den Staatsfragen auf die schiefe Ebene gebracht, einige Bremsen anlegt. Er braucht, um normalen Boden zu gewinnen, nur die Fehler seines Vorgängers zu vermeiden.

Die Aufnahme der Ernennung in Russland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
St. Petersburg, 26. September.
In bürokratischen Kreisen wurde die Ernennung Kotowzow's zum Ministerpräsidenten mit einer gewissen Genugtuung aufgenommen, weil die Bureaukraten ihm als dem Vorgesetzten und seine Wahl selbstverständlich finden. Zum Minister des Innern wird der Senator Reichsratsmitglied Malczew, der Urheber der wenig erfolgreichen Polizeireform, ernannt werden. Es verlautet, Kotowzow werde bei Eröffnung der Sitzungen der Reichsduma keine offizielle

Programmrede halten, sondern nur die Hoffnung aussprechen, erfolgreich mit der Duma zusammenzuarbeiten. Dadurch soll gleichsam angedeutet werden, daß Kotowzow in einem neuen Kurs einschlagen, sondern die alte Politik weiter verfolgen werde. In Abgeordnetenkreisen hält man vorläufig nur ein theoretisches Urteil über die Politik Kotowzow's für möglich, da sich seine Politik erst aus der Zusammenarbeit mit der Duma zeigen werde. Man nimmt an, daß Abweichungen von der Stolypinschen Politik zunächst nur in einzelnen kleineren Fragen zu verzeichnen sein werden. Auch hängt die innere Politik nicht unwesentlich vom Minister des Innern ab. Man weiß darauf hin, daß im Kabinett des Grafen Witte dieser Dualismus, als Minister des Innern war, bereits bestanden und mit dem Fall Witte's beigegeben habe. Denn ein Premier ohne das Innere hat in Russland immer nur halbe Macht. Von Kotowzow wird angenommen, daß er in der Duma keine Partei besonders bevorzuge, sondern sich wohl zu Fall zu Fall auf einzelne Fraktionen stützen werde, ohne zu einer Partei in nächste Beziehungen zu treten. Epitaphische Vertreter aus dem Lager der Linken versichern, unter Kotowzow werde auf das Vordringen einer liberalen Rolle zu rechnen sein. Denn Kotowzow sei vor allem eine streng rechtliche Natur, die, wie die Gesetzmäßigkeit in der Art wie Stolypin verfahren werde.

Der Tripolisstift.

Besprechungen des deutschen Botschafters mit türkischen Staatsmännern. — Die Pläne der türkischen Regierung. Die Haltung der Börsen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Konstantinopel, 26. September.
Die offizielle Agence Ottomane meldet, daß der Wali von Tripolis wahrscheinlich morgen nach Tripolis abreisen werde, und daß der deutsche Botschafter Freiherr v. Raschall gestern den Großwesir besuchte. Der Kriegsminister Achmed Schamet Pascha besuchte gestern den deutschen Botschafter und hatte eine längere Unterredung mit ihm. Aus Berlin wurde hierher gemeldet, die Türkei habe die Vermittlung Deutschlands und Oesterreichs anzufragen. Weiter bezeichnet eine Kabelmeldung aus Tripolis alle italienischen Redaktionen über Erregung oder Ausfährungen in Tripolis als grobe Lebertreibung. Auf der italienischen Botschaft liegt noch immer keine Mitteilung über die Haltung der italienischen Regierung vor. Man weiß auch nicht, ob die Währungsreform für die italienischen Dampfer dem Ministerium ausginge oder nur aus eigener Initiative der verschiedenen Reedereien erfolgte. Die Navigazione Generale Italiana verlange und erhielt durch ihr Konsulat alle für die Rückkehr ihrer noch in türkischen Gewässern befindlichen Schiffe notwendigen Papiere. Laut Telegramm aus Saman ist der dort befindliche italienische Dampfer „Mingueti“ mit der Begründung sofort umgekehrt, daß er einem gestrandeten Kapitän in Saman helfen müsse. Die Begründung scheint trotz ihrer Naivität in Saman den Dampfer vor unangenehmer Neugier befreit zu haben. Die gesamten Dampfer der türkischen Administration de Navigation à Vapeur Ottomane heißt, wurden von der Regierung requiriert und haben sich zu ihrer Verfügung zu halten. Zugleich verlautet aus guter Quelle, daß die Division von Konstantinopel in Stärke von 12 000 Mann nach Tripolis geschickt werden soll.

Eine nicht immer zuverlässige Reporteragentur meldet, der Sultan habe dem Großwesir gesagt, er werde im Falle, daß Tripolis von Italien besetzt werde, abdanken, da er eine beratige Ernennung nicht ertragen könne. Aus gleicher Quelle stammt die Meldung, die bekannte Tammany-Hall im Staate New-York, ist offensichtlich eine große politische Macht aus. Ob es ihr aber wirklich gelingt, ihre Hauptabsicht, katholische Italiener in die wichtigsten Staatsstellungen zu bringen, in der gefährlicheren Weise zu befechtigen, darüber gehen die Meinungen bei den Amerikanern selbst sehr weit auseinander. Es ist doch wohl nicht anzunehmen, daß der nächste, praktische Plan, was es sein staatsbürgerliches Wohlfinden und seinen Geldbeutel angeht, sich von konfessionellen Duelleverboten über's Ohr hauen lassen sollte.

Wie der Yankee seine Rechnung mit dem Himmel macht.

Von (Redaktion verboten.) Ernst v. Wolzogen.

Es war eine der kühnen Maßnahmen der Unionsbegründer, daß sie in ihrer Verfassung die Trennung von Kirche und Staat ausprägten. Wie überall in der Welt, so hatte auch in den ersten Jahrhunderten der Geschichte Nordamerikas die Verquickung des religiösen Elementes mit der Politik die übelsten Folgen gehabt. Die bishöfliche Kirche Englands, die papistische wie die protestantische, hatte natürlich verlor, ihre Herrschaft auch auf die amerikanischen Kolonien auszuüben und dadurch den unglücklichen Religionskader in die neue Welt verpflanzt. Die Pilgerfahrt, das heißt jene fanatischen Puritaner, die in der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts die sogenannten Neulandstaaten besiedelten, hatten sich weit unduldsamer erwiesen als selbst die römische Pfaffenverfälschung in den spanischen Südstaaten. Es wären am liebsten mit Inquisition und Scheiterhaufen gegen alles, was ihnen über sich erheben, vorgegangen. Aber wie diese Pilgerführer über dem Palmblinden und Bekehrigen doch niemals vergaßen, ihre weltlichen Geschäfte als getriebene Kasse in den Händen zu führen, so ließ sich auch der niedrige Gemeinwesen ihrer angelsächsischen Vorfahren durch religiöse Andeutung nicht völlig unterdrücken. Die stupiden Glaubensverfolgungen hatten tiefe Spaltungen, verbitterte Feindschaften zwischen den in dem jungen Kolonialreich doch so sehr auf gegenseitige Hilfsbereitschaft und selbst Zusammenhang angewiesenen Bürgern erzeugt. Neugegründete Städte und Staaten wurden entvölkert, abtrünnige Sektierer fanden großen Absatz und gründeten neue Gemeinwesen, die sich zu bedrohlichen Konkurrenten der alten Puritanerherdungen entwickelten. Als nun gar der kleine Freistaat Maine, der als erster blühende Religionsfreiheit eingeführt hatte, auffällig rasch immer dühlte, begannen doch auch den starren Puritanern die Augen aufzugehen.

Und so kam es, daß nach der gewaltsamen Losreißung vom alten Vaterlande die Trennung von Kirche und Staat von der Bundesregierung zum Grundgesetz erhoben wurde. Im Artikel 1

des Anhangs zur Konstitution von 1778 ist dieser Grundgesetz festgelegt, und seit dieser Zeit kann tatsächlich in den Vereinigten Staaten jeder nach seiner freien Wahl leben. Die Staatsgewalt scheidet nur ein in dem Falle, daß die Grundzüge einer Religionsgemeinschaft den Gesetzen widerlaufen, wie zum Beispiel die Verträge bei den Mormonen. Außerdem hat sie in weiser Voraussicht der Anjammung übermäßigen Kirchenvermögens Grenzen gesetzt. Die Folge dieser Entfesselung der Religion war eine Spaltung des Protestantismus in unzählige Sekteln, die aber keineswegs eine Schwächung, sondern vielmehr eine Stärkung des religiösen Lebens bewirkten.

Pflichterfüllung und besonders kritisches Vernein ist dem Yankeevolk durchaus abzusprechen, dagegen beißt es einen starken Haß zur Phantastik, ja auch Begeisterungsfähigkeit und Anbrunst. Das Volk ist in seiner Allgemeinheit heute noch kindlich denkunreif, und so erklärt es sich, daß die Bibel ihm noch durchweg als Offenbarungsbuch dient. Natürlich aber liest jedes gebildete veranlagte Individuum aus dieser Offenbarung wenig anderes heraus. Und wer Bekehrtheit und Zähigkeit genug besitzt, vermag Anhänger um sich zu scharen und eine unabhängige Gemeinde zu gründen. Die Eiferfertigkeit, die dazu gehört, eine solche Gemeinde, Sekte oder Kirche (Denominierung) aus eigenen Mitteln zu unterhalten, legt bereitet Zeugnis ab für die Stärke des religiösen Bedingnisses. Freigeizigkeit in unserm Sinne gibt es bei den Yankees nur sehr wenig, und am Christentum selbst hat noch niemand von ihnen ernstliche Kritik geübt. Die Tradition hat die Bibelgenauigkeit der Nordländer so lebhaft erhalten, daß es heute noch, ebenso wie in England, ein oberes Gesetz gesellschaftlichen Anstandes geblieben ist, seinen Eifer für das Christentum irgendwie zu betätigen. Dieser Eifer aber tut sich etwas auf seine Freiheit zugute und nimmt daher oft die wunderlichsten Formen an. Die katholische Kirche dagegen hält fest zusammen wie überall und gibt kein Zittern von ihren Dogmen preis. Sie gründet ihre Macht auf das trübselige Element und erblühten Zuwachs durch italienische, polnische und slavische Einwanderer. Kling wie sie ist, trägt sie dem in der demokratischen Luft sehr bald auch bei den geistig minderwertigen Einwanderern üppig ins Kraut schießenden Stolz auf die persönliche religiöse Rechnung und mißt sich nicht so ausdrücklich wie in Europa in Privatangelegenheiten; politisch dagegen verliert sie mit allen möglichen Mitteln Einfluß zu gewinnen. Die bedeutanteste politische Verbindung der kathe-

olischen Irländer, die bekannte Tammany-Hall im Staate New-York, ist offensichtlich eine große politische Macht aus. Ob es ihr aber wirklich gelingt, ihre Hauptabsicht, katholische Italiener in die wichtigsten Staatsstellungen zu bringen, in der gefährlicheren Weise zu befechtigen, darüber gehen die Meinungen bei den Amerikanern selbst sehr weit auseinander. Es ist doch wohl nicht anzunehmen, daß der nächste, praktische Plan, was es sein staatsbürgerliches Wohlfinden und seinen Geldbeutel angeht, sich von konfessionellen Duelleverboten über's Ohr hauen lassen sollte.

Obwohl der Grundgedanke des Christentums entschieden demokratisch ist, so ist doch in der demokratischen Republik gerade die Kirche der Boden, wo sich aristokratische Absonderungsbestrebungen am lebhaftesten betätigen. Selbstverständlich wird in sämtlichen Kirchen und Verfassungen Nordamerikas — man zählt gegenwärtig, wenn ich recht bedacht bin, 86, nach anderer Quelle sogar gegen 200 verschiedene Bekenntnisse — der christliche Grundgedanke gepredigt, daß vor Gott alle Menschen gleich seien; in Wirklichkeit ist aber beispielsweise die bishöfliche Hochkirche nur für die Reichen und Vornehmen vorhanden. In ihren prächtigen Kathedralen und Kirchen sind die armen gutgekleideten Klasse, dem es einfinken wollte, im Vorübergehen in solch eine Kirche einzutreten, würde nicht nur schwerlich einen Sitzplatz finden, sondern sich auch durch die entrüsteten Blicke der Stammgäste energig hinausgeekelt fühlen. Die Geistlichen dieser Kirche sind keine Weltleute, verschaffen in der vornehmsten Gesellschaft als Tischredner, Bridgепieler, Musikdilettanten als Tischgäste häufig ihren glanzenden Eigenschaften als Tischredner, Bridgепieler, Musikdilettanten und Sänger. Die Kirche der geistigen Aristokratie, der wohl der größte Teil der akademischen Welt angehört, ist die Unitarian Church. Diese hat alle Dogmen beiseite geworfen und nur den ethischen Gehalt der Botschaft als Richtung gelehrt beibehalten. Sie treibt keinerlei Kult mit dem starren Bibelwort und sucht die Lehren der Sonntagsgedankten gerne bei den Dichtern und Philosophen, vornehmlich bei ihrem berühmtesten Mitgliede Ralph Waldo Emerson. Den größten religiösen Eifer entfalten natürlich die kleineren Denominationen, deren Prediger oft die kostbarsten Mittel zum Selbsterwerb anwenden. Die Berichte, die zuweilen nach Europa dringen von Geisteskranken, die ihre Gemeinde mit Scholofade und Jeccreme bei